



Das Klingt sehr hart, und ist meines Erachtens auch, insofern die Absichten des Ministers Simons in Betracht kommen, etwas zu streng. Simons hat bei verschiedenen Gelegenheiten den guten Willen zu erkennen gegeben, dem Friedensvertrag, nachdem er einmal unterzeichnet ist, so gerecht zu werden, als dies Deutschland überhaupt nur möglich ist. Indes ganz unbedeutend trifft der Vorwurf doch auch ihn nicht. Er hat sich in einem Gefühl, das man verstehen kann, zu juristischen Details hinreißend lassen, die das nicht erzielen werden, worauf es ihm ankam, aber etwas bewirkt haben, was zu seiner Zeit mehr vermieden werden mußte, als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Es ist hier nicht der Ort, das näher auszuführen, ich behalte mir vor, dies bei anderer Gelegenheit zu tun. Darum in bezug auf Eupen-Malmedy nur soviel. Das Unrecht, das der deutsch gesinnten Bevölkerung dieser Gebiete zugefügt worden ist, ist schon im Artikel 34 des Friedensvertrags ausgesprochen, durch den sich Deutschland „jedes Anspruchs auf diese Gebiete zugunsten Belgiens begeben hat.“ Juristisch wäre der Abtretung in der Tat nur dadurch beizufügen, daß Deutschland unter Verzicht darauf, daß der Verfallener Vertrag ihm abgepreßt worden, ihn ganz und gar für unverbindlich erklären wollte — etwas, was gerade Simons vernünftigerweise nicht tun will. Nach Wortlaut und Sinn des Vertrags ist Deutschland als Staatswesen mit dem, was jetzt in Eupen-Malmedy geschehen ist, juristisch kein Unrecht geschehen. Das Unrecht liegt ganz auf der politischen Seite, es ist, wie oben bemerkt, ein Unrecht gegen Deutsche, und wenn Deutschland für diese Deutschen etwas tun will, dann muß es eine ganz andere Sprache führen.

Welche, das zeigt de Brouckere in seinem Artikel klar genug an. Er fährt an der zuletzt zitierten Stelle fort: „Aber wir können uns in diesem Punkt nur unter der Bedingung streng gegen andere zeigen, daß wir selbst uns tadellos aufzuführen.“ legt dar, daß die formgerechte Ausführung des Artikels 34 von seiten der belgischen Regierung diejenigen nicht befriedigen kann, „die im Selbstbestimmungsrecht der Völker etwas anderes erblicken als eine heuchlerische Formel“ und läßt dann das Stück aus seinem Artikel von 1919 mit dem obigen Zusatz folgen. Nur unter dem Gesichtspunkt des politischen Rechts der Völker ist die Frage noch zu behandeln und zu einer die Demokratien beider Länder befriedigenden Lösung zu führen.

Das Schlimmere bei den bürgerlichen Staatsmännern ist, daß selbst die besseren unter ihnen, und Herrn Simons wird man zu diesen rechnen dürfen, immer wieder in die Denkweise der alten Politik zurückverfallen, die die Menschen als juristisches Zubehör von Staaten behandelt. Kein Land aber hat heute mehr Ursache, diese Denkweise und die ihr entsprechende Sprachweise zu verpönnen als Deutschland. Neun Zehntel unserer bürgerlichen Politiker und Schriftsteller wollen das aber nicht begreifen. Sie behandeln die Auslandsfragen nach fast ganz nach dem Schema der Kaiserzeit — ja, oft noch schlimmer. Sie verdrängen dem Volk die wahren Gründe der Forderungen und Lasten, die es bedrücken, sie gewöhnen es daran, über alles mögliche kritiklos darauflos zu schimpfen, die verschiedenartigsten Dinge nach einer Schablone zu behandeln, wo mehr als je die Gestaltung seines Schicksals davon abhängt, daß es vernünftig zu unterscheiden und verständlich zu handeln lernt.

Ein Lebensinteresse Deutschlands ist, daß es, von der Sorge um Oberirdisches gar nicht zu reden, die furchtbare Last der militärischen Besetzung los wird, die finanziell es erdrückt und moralisch es auf die verschiedenste Weise schädigt. Die Aussicht, dies zu erreichen, wird in dem Maße zunehmen, als das Mißtrauen in die Zuverlässigkeit seiner Zusage abnimmt. Das Mißtrauen ist aber noch nicht in dem Maße geschwunden, als notwendig, und zwar nicht zum wenigsten dank der Sprache unserer sich national nennenden Presse, der die bürgerlichen Politiker der Republik immer noch zu viel Rechnung tragen. Täusche man sich

darüber nicht. Wenn selbst ein so wohlmeinender und seine Worte so abwägender Mann wie de Brouckere die von uns abgedruckten Sätze so schreiben sich veranlaßt sah, so ist das ein Warnungszeichen, das diejenigen nicht übersehen dürfen, denen die Leitung der deutschen Politik in die Hände gegeben ist.

Freund de Brouckere aber wird aus der Rede, die unser Genosse Sollmann am 6. November im Reichstag über die Frage Eupen-Malmedy gehalten hat, ersehen haben, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sie genau in dem Sinne als Rechtsfrage behandelt, wie er selbst sie so vortrefflich stellt.

## Republik und Christentum.

Nach einem Bericht des „Klabberadatsch“ hat der Zentrumabgeordnete Dr. Marx in einer Versammlung zu Simmern gesagt:

Der Reichspräsident ist die von Gott eingesetzte Obrigkeit, und wir haben als Christen die Pflicht, sie als solche zu achten und ihr zu gehorchen. Und der Reichspräsident Ebert ist ein Mann, der die größte Achtung eines jeden deutschen Staatsbürgers verdient.

Ein Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, der an den Abgeordneten Marx einen diese Neuherung ironisierenden Brief schrieb, erhielt von diesem folgende Antwort:

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihren etwas sonderbaren Brief vom 12. d. M. erwidere ich nur, damit aus meinem Schweigen keine falschen Schlüsse gezogen werden. Ich habe in meiner Rede in Simmern feinerzeit gesagt: „Die jetzige Regierung ist auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung gebildet, also zweifellos die rechtmäßige, legitime Regierung des Deutschen Reiches. Damit ist sie für Christen die von Gott eingesetzte Obrigkeit, also richtig verstanden: „von Gottes Gnaden“, mag sie sich dessen bewußt sein oder nicht. Wir sind ihr deshalb auch vor unserem Gewissen gehorlich.“

Im weiteren Verlaufe habe ich dann auch gesagt: „Ebert sei ein Mann, der unter den Parteien persönlich alle Achtung genießt.“ Hoffentlich werden Sie sich nun über den Bericht des „Klabberadatsch“ beruhigen. Bisher habe ich noch nicht dieses Wort als ein solches nennen gehört, aus dem man politische Kenntnisse herholt. Im übrigen werden Sie wohl nicht von mir verlangen, daß ich auf Ihre Bemerkungen in Ihrem Schreiben näher eingehe.

Hochachtungsvoll Marx, M. d. R.

Die Erklärung des Abg. Marx gibt in der Tat den christlichen Standpunkt richtig wieder, sie bedeutet zugleich eine gründliche Abfertigung jener Pastoren, die einst die Monarchie als von Gott eingesetzt verherrlichen und jetzt von der Kanzel gegen die Republik hetzen. Was uns betrifft, so ziehen wir es bekanntlich vor, den lieben Gott nicht in die Politik hereinziehen. Tut man es aber doch, so kann man nicht sagen, daß ein Thronerbe dem lieben Gott näher steht als ein vom Volk oder von der Volksvertretung gewähltes Staatsoberhaupt — mag sich auch der letzte deutsche Kaiser selbst als ein „Instrument des Himmels“ bezeichnet haben!

## Fehrenbach über die Rheinlandbesetzung.

Der Reichskanzler empfing gestern den Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“, der an ihn verschiedene Fragen in bezug auf den Besuch des Reichskanzlers und des Ministers des Inneren im Rheinland richtete.

Ueber den Gesamteindruck, den der Reichskanzler am Rhein erhalten hat, sagte er, daß kein Mitglied der Reichsregierung jemals daran gewagt habe, daß unsere Weisheit auch in den schweren Zeiten der Besetzung ausbleibe und fest zum Reiche stehen werde. Trotzdem gehöre die Selbstverständlichkeit, mit der dem Reichskanzler und dem Außenminister gegenüber von Angehörigen aller Gegenden und Bevölkerungskreise am Rhein das Deutschstum betont wurde, mit zu dem Erhebendsten, was die Reise gebracht habe.

Auf die Frage, welches Bild er von den Lasten bekommen habe, die die Rheinländer zu tragen haben, entgegnete der Reichs-

kanzler: „Wir haben allerdings nur wenige Tage am Rhein verleben und im besetzten Gebiet nur Köln und Aachen besuchen können. Wo wir aber hinkamen, überall trat uns die Klage entgegen, daß die dem Rheinland durch die Alliierten auferlegten Lasten weit über den Rahmen dessen hinausgehen, was man sonst wohl mit einer Besetzung in Friedenszeiten für vereinbar gehalten hätte. Dabei handelt es sich bei der Besetzung der Rheinlande noch um nichts anderes als um ein Unterpfand, das Deutschland seinen ehemaligen Gegnern als Sicherheit dafür hat geben müssen, daß es, soweit es um seine eigene Leistungsfähigkeit erlaubt, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachkommt. In erster Linie ist es der moralische Druck, den der Rheinländer empfindet. Das Recht, außer den eigentlichen Truppen auch die zu deren Versorgung und Verwaltung erforderlichen Hilfstruppen in das Rheinland mitzubringen, steht den Alliierten allerdings zu. Wir haben uns aber nach allem, was wir sehen und hören, des Eindrucks nicht erwehren können, als ob von diesem Recht in einem Ausmaß Gebrauch gemacht würde, das weniger auf sachliche als auf persönliche Wünsche der Besetzung Rücksicht nimmt. Die Ueberflutung der Rheinlande mit fremden Truppen hat dort eine außerordentliche Teuerung und Lebensmittelpenurie zur Folge gehabt. Sie können sich das vorstellen, wenn Sie hören, daß beispielsweise in einem Landkreis auf 7000 einheimische Einwohner 2000 Mann Besetzungstruppen kommen.“

Zum Schluß seiner Ausführungen wies Fehrenbach darauf hin, daß eine Milderung der den besetzten Gebieten auferlegten persönlichen Lasten die Vorbedingung für eine Völkerverständigung sei, ohne welche die große europäische Frage nie zu lösen sein werde. Gerade in dieser Beziehung hätten der Rheinländer als Weltmarkt des Deutschstums besondere Aufgaben.

## Die Lage in Thüringen.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Seit vier Wochen ist der Thüringer Landtag zu seiner zweiten Tagung versammelt. Die Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten und Demokraten und Beamtenministern, ist — wie der „Vorwärts“ schon berichtete — gewählt. Da sämtliche Reichsparteien von der Regierung ausgeschlossen sind, so verhalten sich die rechtsstehenden Parteien der Regierung formwährend Schwierigkeiten zu bereiten. Bei der Vorlage: Gründung einer 1200 Mann starken Landespolizei“ haben sie grob: Beschluß auf gegen den Minister v. Brandenstein, der in der neuen Regierung Minister des Innern ist und bei dieser Vorlage die Regierung zu vertreten hatte. Da Herr v. Brandenstein schon in der provisorischen Thüringer Regierung das Innere leitete und die Vorarbeiten für die Landespolizei in Angriff nehmen mußte, außerdem zum Leiter der Polizei unserer Genossen, den Major Müller-Brandenburg, der, so kennt der Doh der Reaktionsäre gegen die beiden Herren keine Grenzen. Brandenstein war zudem früher einer der Krigen, sogar ein Korpsstudent, deshalb können sie es ihm nicht verzeihen, daß er sich so energisch gegen den Kapp-Putsch und gegen alle Dunkelkammer zur Wehre setzt, die Republik mit allen Mitteln schützt. Dieser Kampf wird den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und Landbäueren nichts helfen, wenn die Linksparteien bis zu den Demokraten zurückbleiben.

Bei Besprechung dieser Angelegenheit wollen wir zurückkommen auf den Artikel, den der Genosse Leinert geschrieben und der in der Mittwochabend-Nummer des „Vorwärts“ vom 24. November veröffentlicht ist. Dort heißt es an einer Stelle: „In Thüringen ist der Staat Thüringen geschaffen, aber die übrigen kleinen Staaten bestehen noch fort, ohne daß auch nur eine einzige Stimme im Reiche ertönt, um diese entsetzlich kleinräumigen zu beseitigen.“ Diese Auffassung ist falsch. Der Thüringer Staat ist am 1. Mai dieses Jahres zusammengeschlossen worden. Die Thüringer Kleinstaaten konnten aber nicht mit demselben Zeitpunkt ganz verschwinden, wenn nicht ein allgemeiner Wirtswort geschaffen worden sollte, der gerade dem neuen Staat ungemeine Schwierigkeiten bereitet hätte. Aus dem Grunde bestehen diese kleinen Staaten als „kommunalverbände höherer Ordnung“ so lange fort, bis sie gänzlich abgebaut sind. Der Abbau muß natürlich schnellstens vor sich gehen.

## Der Kunst doktor.

Von Erna Büsing.

Eigentlich wollte er Maler werden. Doch seine Familie hielt das für zu sehr aus dem Rahmen fallend, für nicht manierlich genug, und so studierte er. Und da die Seinen auf einem Aushängeschild bestanden, machte er sogar den Doktor. Jemandem Onkel, hatte einen einer Kunstzeitschrift, und weil der Junge nun mal den Kunstsimul hatte, wurde er als Kunstkritiker in diese Zeitschrift gestellt.

Er ging mit den Jungen und Jüngsten und den Unbekannten. Für ihr Streben hatte er Verständnis, für ihr Wollen aufmunternde Worte, für ihr Schönheitsbedürfnis Ratsempfinden. Die jungen Kämpfer hatten mithin an ihm eine Kraft, auf die sie zählen durften.

Trotz er für die Jüngeren ein, nannte man ihn in seinem Verlag oft überponnt. Hatten aber die Jüngeren sich durchgesetzt, hieß es im Verlag: „Wir traten für sie ein.“ Den Doktor erwähnte in diesem Zusammenhang sodann freilich niemand. So ging es Jahr für Jahr.

Dann kam der Krieg. Alle Schönheit war ausgelöscht und das Sehnen nach ihr wurde für verweidlichend angesehen und nahezu unter Strafe gestellt. Der Doktor kam sich überflüssig, halbtot vor und erfand mechanisch Unterschriften für Kriegs-, Durchhalte- und Siegfrieden-Vorkarten, die der Verlag herausgab.

Als einmal in dem Kummel nach einer über alles Erwarten gut ausgefallenen Kriegsanleihe die Gehälter im Verlag erhöht wurden, ward sogar der Doktor davon betroffen.

Hernach kam die völlige Verarmung des Volkes und die wirtschaftliche Verelendung jedes Nicht-Schiebers.

An die Spitze des Verlages kam ein Dr. jur., der das Zeugnis für sein Können einwandfrei abgelegt hatte, denn er brachte sich wohlbehalten mit ersprießlichem Einkommen durch den Krieg. Er schied sich unter ausgiebigem Jammern über die Verderbtheit der Menschen in die Zeit und machte sein Blatt modern naturistisch auf, das heißt, er räumte den Abbildungen unbekleideter Frauen einen recht großen Platz ein. Worte der Kunst doktor mal einen Widerspruch, hieß es: „Aber, wir müssen doch jetzt die Zeitung anders aufziehen!“ Wir haben ja so wenig Papier, wir sterben bald ganz aus, freuen Sie sich, daß für Sie hier überhaupt noch Raum ist.“

Der Kunst doktor jedoch schrieb ernsthaftige Aufsätze, füllte sich als Verkäufer der Schönheit — und hungerte. Das Letztere taten im Verlag viele mehr oder minder, aber, sie kamen sich feudal vor und wußten ihr Ansehen selbst zu schätzen. Daher waren sie Meister der konventionellen Kluge.

Für den Kunst doktor gab es keine Nebenverdienstmöglichkeiten, es erging ihm wirklich schlimm. Sattessen konnte er sich schon seit Monaten nicht mehr. Er stand vor den Schaulustnerauslagen und stellte chronologische Betrachtungen darüber an, wann er sich dieses und jenes noch hatte leisten können. Ach, all diese Schwaren, sie wären Oel auf sein Lämpchen gewesen. Es flackerte so spärlich, sein Lebenslicht. Er gierte tatsächlich nach diesem Oel. Vor zwei Jahren noch trank er echten Tee. Da nahm er ein paar Wästchen und benutzte das Tee-Et, eine Erinnerung an vorkriegliche Zeiten, zweimal. Jetzt trank er deutschen Tee, das Ergebnis einer wahllos gerupften Wiese, früher verkaufte man es als Abführmittel und benutzte das Tee-Et dreimal. Und schüttelte es beim letzten Versuch kräftig und schalt sich dann seiner Schwäche, wenn der Tee wie Wasser blieb.

Schließlich fand man den Kunst doktor eines Tages tot im Bett. In den letzten Stunden mußte er furchtbar unter der Kälte gelitten haben. Er hatte nämlich seinen sorgfältig gefüllten Ueberzieher, der durch langes Tragen und durch gutes und schlechtes Niederschlag böse angegriffen war, und den er selbst mit überwendlichen Stichen genäht hatte, zwecks Erwärmung angezogen. Nun ja, der Kunst doktor war so bei kleinem verhungert. Denn ihn so auf einmal verhungern zu lassen, ach, dazu war man ja im feudalen Verlag viel zu wohlherzogen und grausam zugleich.

Ein Lassalet-Brevier ist jetzt als zweiter Band der Sammlung „Breviere des Sozialismus“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen, wieder wie der erste Band, das „Marx-Brevier“, in Auswahl und Gruppierung von Franz Diederich bearbeitet und von ihm eingeleitet. Was diese Breviere wollen, ist, mit wenigen Worten gesagt, dieses: in Sätzen und Gedankenreihen aus den Werken und Briefen großer Sozialisten die Arbeit sichtbar machen, die sie als Bahndreher der Arbeiterbewegung geleistet haben, und diese Auszüge so zu geben, daß sie das Bild der jeweils lebenden und wirkenden Persönlichkeit entwickeln. Die Breviere sollen dem Wunsch, bestimmte Äußerungen und die Meinung über gewisse Themen des politischen Kampfes und der wissenschaftlichen Ueberzeugung aufzufinden, hilfreich zur Hand geben, aber sie sollen auch viel mehr sein als nur ein Nachschlagewerk: wie ein organisch aufbauendes Buch wollen sie gelesen werden, als ein Ganzes, das von der ersten bis zur letzten Seite zeigt, wo es ein Lebenswerk von größter Bedeutung vorüberziehen läßt.

In sechs Abchnitten gibt das Lassalet-Brevier seinen bedeutenden Stoff. Im ersten Abschnitt, betitelt „Revolutionäre Tatigkeit“, ammet der junge Lassalle, der von sich sagte, er sei als ein vierzehnjähriger Revolutionär, als ein Siebzehnjähriger entschiedener Sozialist gewesen: hier ringt der werdende Geist, der sich berufen fühlt, Märtyrer des Menschheitsalls zu sein, und der seinen Platz auf der äußersten Linken des Kampfes sucht, dort, wo das Massenbewußtsein des Proletariats aus Einzelnen heranwächst und wo ihm ein Denker wie Karl Marx erticht, dem Lassalle

in den fünfziger Jahren brieflich über schwerwiegende Fragen des politischen Kampfes seine Meinungen sandte. Der zweite Abschnitt, „Sozial. Verfassung, Volksweltung“, geht aus von Lassalles Ansichten über den Staat, seine Aufgabe und Bestimmung und die fundamental verschiedene Auffassung, die bei den staatsfeindlichen Liberalen und im Arbeiterstande über den Staatszweck herrschten; was Lassalle über Verfassungswesen und Verfassungskampf im Revolutionsjahr und in der Zeit des preussischen Konflicts, stürmisch in den Kampf eingreifend, ausführte, zieht anschließend vorüber und ahzelt in demokratischen Idealen, die von Nichteinem Geist bestrahlt sind.

Die nächsten drei Kapitel, den Hauptraum des Breviers füllend, entwickeln — im wesentlichen in der Zeitfolge aufgeführt — den Inhalt der Arbeit, die Lassalle 1863 und 1864 als Programmdecker, Organisator und Leiter der durch seine Energie normandgestützten deutschen Arbeiterbewegung vollbrachte. Die Phase von der Arbeiterprogramm-Rede bis zum Offenen Antwortschreiben gibt dem dritten Abschnitt den Inhalt. Im vierten Abschnitt sind die Neuerungen über den Vorschlag der Produktivassoziationen mit Staatshilfe zusammengefaßt und im fünften — „Die erste Praxis der Arbeiterpartei“ — zieht in großem Maße die lebensschafflich-gewaltige Leistung vorüber, die Lassalle, sein letztes Lebensjahr groß heitend, zum Massenbewußtsein deutscher Massenbewußter Arbeiterklasse bis heute heraus werden ließ. All diese Abschnitte sind reich an Ausbeute aus den Briefen, die Lassalle damals wendend, aufzählend, richtend an Arbeiter, Parteigenossen, Gelehrte geschrieben hat. An einer Zusammenfassung dieser Briefe hat es bislang gefehlt; hier werden sie organisch verbunden in der Entwicklung der einfachen Bewegung sichtbar. Man hat hier den Versuch, ein wichtiges Stück Geschichte der Arbeiterbewegung in perspektivstem Rückblick zu entrollen. Der letzte Abschnitt endlich stellt die Neuerungen zusammen, die für Lassalles „Geschichtsauffassung“ charakteristisch sind, ein Kapitel, das zu interessanten Vergleichen mit dem gleichlautenden Abschnitt des Marx-Breviers anregen mag. Mit einer Uebersicht der Schriften Lassalles (einschließlich der bestreuten Brief-Veröffentlichungen) und einem Inhaltsverzeichnis, das alle Quellen nennt und sowohl auf die vergriffene Vorwärts-Ausgabe wie die jetzt erscheinende Cassirer-Ausgabe der Schriften Lassalles Bezug nimmt, schließt dieses Brevier.

Heute ist es nur bedingtmäßig Wenigen möglich, sich eine Gesamtausgabe der Werke Lassalles zu kaufen. Der Preis macht sie schwer erschwinglich. Dieser leidige Umstand dürfte manchem Anlaß sein, dieses Brevier, das alle Lassalle-Literatur zur Grundlage hat, zu begrüßen. Es kostet — 100 Seiten stark — 9,50 M.

Die erste Biographie Romain Rollands, des Schöpfers des „Roban Christoff“, läßt jetzt Stefan Zweig bei Klettner & Voening erscheinen.

Friedrich Kahler gibt am 1. Dezember im Münchener-Saal einen Klassikerabend.

Der Schnellkurierdirektor in der Luft. Der französische Alleez Romanet floo neardings 1904, englische Welle in der Stunde, also mehr als drei ernliche Welle in der Minute. Er hat diesen Rekord in sehr niedrigen Höhen erreicht.

# Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Dresden, 30. November. (Eigener Drahtbericht des „Sachsischen“.) Die Landbesitzer der sächsischen Sozialdemokratie haben gemeinschaftlich mit der neuen Landtagsfraktion getagt, um über die Regierungsbildung in Sachsen zu beraten. Es wurde nach längerer Aussprache beschlossen, zwecks Bildung einer neuen Regierung mit den Reichsunabhängigen in Verhandlungen einzutreten.

## Ablürzung der Befetzungsfrist?

Frankfurt a. M., 30. November. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Artikel über die Kosten der Befetzungsarmee: In der Zeit des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument merkwürdigerweise bisher übersehen worden. Danach ist zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Befetzung der Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die alliierten Regierungen nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Befetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklausel dauern solle und sich bereit erklären, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und beschließende Bürgschaften für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gäbe, die Rheinprovinz schon vor fünfzehn Jahren zu räumen. Ferner kommen die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Beitrag der von Deutschland zur Deckung der Befetzungsstellen zu entrichtenden Summe 240 Millionen Goldgulden nicht übersteigen soll. Das Abkommen ist nicht mit Deutschland geschlossen, es bindet aber die alliierten Mächte selbst, und es kann von unserer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Entente sich keineswegs der Ansicht verließ, wie genau die Höhe der unproduktiven Befetzungsstellen mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Verbindung steht.

## Internationale Eisenbahnerkonferenz.

### Sozialisierung der englischen Eisenbahnen?

Amsterd., 30. November. „Telegraaf“ meldet aus London, daß dort in der Memorial-Hag gestern die Eröffnung der vom Internationalen Transportarbeiterverband veranstalteten Internationalen Eisenbahnerkonferenz stattfand. Vertreter waren 1357 000 Eisenbahner aus Deutschland, Holland, Schweden, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Oesterreich, England und Belgien.

Der Führer der englischen Eisenbahner Thomas erklärte in einer Rede, der Krieg habe das Ergebnis gezeigt, daß die Arbeiterklasse aller Länder sich nicht mehr ausbeuten lassen wolle. Jetzt, wo der Krieg vorbei sei, fühlten die Arbeiter, daß zuerst die geschlagenen Wunden geheilt und die Arbeiter miteinander versöhnt werden müssen. Gätten sie einander früher begriffen, dann würden die Ereignisse der letzten Jahre vielleicht vermieden worden sein. Das Ende des Kampfes sei jedoch noch nicht erreicht. Thomas erklärte, er glaube, in England sei in den kommenden Monaten ein großer Kampf zu erwarten, und zwar um etwas ganz anderes, als um gewöhnliche Forderungen der Arbeiter. Er sagte, die englischen Arbeiter seien der Ansicht, daß sie nicht länger mehr Lastträger zu sein brauchen, sondern zugleich auch zu einer zweckmäßigeren Verwaltung der Bahn beitragen könnten und für diese Teilnahme in der Verwaltung werde der kommende Kampf eingeleitet werden.

Die Eisenbahnerkonferenz nahm eine Entschiedenheit an, in der die allgemeine Einführung des Achtstundentages für das Eisenbahnerpersonal begrüßt wird und die Genossen aller Länder, in denen man diesen Grundtag umsetzen will, aufgefordert werden, ihre wirtschaftliche Macht dagegen anzuwenden.

Weltliche Schulkonferenz. Am Sonntag, den 2. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, beginnt im Volkshaus zu Herne die erste Konferenz des Bundes freier Schulkollegien Deutschlands. Der Bund verfügt bereits über 120 Ortsgruppen mit über 100 000 Mitgliedern. Alle Lehrer- und Elternvereine, die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen und an ihrer Ausbreitung und inneren Stärkung mitwirken wollen, sind dazu freundlich eingeladen. Alle Aufschriften sind zu richten an Franz Wynand, Herne i. W., Strömteich 72 II.

# Wirtschaft

## Eine Aufgabe für die Betriebsräte.

Der Aufschwung der Außenhandelsstelle der Elektrotechnik beschäftigt sich mit der Durchdringung der Ausfuhrbestimmungen. Es muß in der letzten Zeit leider immer mehr festgestellt werden, daß deutsche Waren zu Preisen, die weit unter den vorseitigen liegen, im Ausland erscheinen. Es sind also weite Kreise an der Umgehung der Ausfuhrbestimmungen bzw. an der Verschlebung der Waren beteiligt. Die Wirkung dieses Verhaltens bleibt nicht aus. Aus einer großen Anzahl von Ländern lauten die Nachrichten ein, daß man dort Gefährdungen einbringt, um die deutsche Einfuhr zu verbieten bzw. mit so hohen Zöllen zu belegen, damit der Ausfuhrer nicht ausbleibe. Wenn es mitteln der deutschen Regierung nicht gelingt, die Einfuhr zu so niedrigen Preisen zu verhindern, so wird über kurz oder lang ein sehr großer Teil des gesamten Außenhandels insoweit von den ausländischen Staaten aufgegeben haben, als die deutsche Einfuhr zu verbieten bzw. um die Firmen, die sich an die Bestimmungen halten, zu schädigen, ist es erforderlich, die Bestimmungen der Ausfuhr zu verschärfen und alle Unterlagen, die zur Beurteilung des Geschäftes dienen, von den Firmen einzuholen. Wenn diese Maßnahmen des Ausfuhrhandels wieder verschärfen werden muß, so sind hieran diejenigen Firmen und Personen schuld, die sich nicht an die vorseitigen Bestimmungen halten wollen.

Da die vorseitigen erwiderten, bekannten Schiedungen die Volkswirtschaft schädigen, sollten die Betriebsräte ihre Aufmerksamkeit auf die Prüfung der Ausfuhrpapiere lenken. Sie könnten diesen Schiedungen bald ein Ende machen. Aber gegen diese Kontrolle lauten ja die Unternehmer Sturm.

Die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei im Oktober 1920 betragen: in der Nordsee 10 062 928 Kilogramm Fische aller Art mit einem Geldwert von 89 248 617 Mark, darunter 287 436 Kilogramm Dorsch, die mit 1 807 008 Mark bewertet wurden. In der Ostsee wurden gefangen 8 661 687 Kilogramm Fische mit einem Werte von 9 120 957 Mark, darunter 370 709 Kilogramm Dorsch, die einen Wert von 1 397 545 Mark darstellten, und 1 253 940 Kilogramm Sprotte, die 642 298 Mark erbrachten. — In der außerordentlichen Generalversammlung der Hochseefischerei- und Fischerei-Aktiengesellschaft in Gdansk wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 1 Million auf 10 Millionen Mark einstimmig beschlossen.

Starke Dividendenverhöhung bei der Deutschen Bank bevorstehend? In der außerordentlichen Generalversammlung der Hannoverischen Bank, die über die Verschmelzung mit der Deutschen Bank zu beschließen hätte, machte Kommerzienrat Alrovroth die Mitteilung, daß die Deutsche Bank voraussichtlich für 1920 eine beträchtlich höhere Dividende zur Verteilung bringen werde.

# Groß-Berlin

## An unsere Abonnenten.

Infolge des in der Nacht eingetretenen Witterungsumschlages und dem damit verbundenen Glätteis ist ein Teil der Subskripte zum Transport der Zeitungen nicht erschienen. Wir bitten daher wegen des Ausbleibens unserer Zeitung um Entschuldigung. Die Zeitung wird allen Abonnenten, bei welchen dieselbe ausgeblieben ist, heute nachmittags mitgeliefert. Vorwärts-Verlag m. b. H.

## Das Glätteis,

das ganz unerwartet über Nacht kam, brachte heute viele Verkehrsschwierigkeiten. Straßenbahnen, Bürgersteige und namentlich die Wege in den Außenbezirken waren mit einer so starken Eisschicht bedeckt, daß sie richtige Eisbahnen bildeten. Alle die, die in früher Morgenstunden ihre Arbeitsstellen aufzusuchen haben, hatten es sehr schwer, weil mit dem Streuen erst später begonnen wurde. Die Pferde waren in den Morgenstunden fast wie aus dem Verkehr verschwunden. Die Fuhrherren, Expediteure usw. behielten sie lieber gleich im Stall, statt sie erst nutzlos anzuspinnen und hinauszubringen. Wo einzelne Wagen fuhren, schafften sie den gequälten Fußgängern einen sehr willkommenen Stützpunkt auf dem Damm. Die Bahnen der Radfahrer wurden von Laufenden als Fußsteige benutzt, weil es zunächst unmöglich war, auf den Bürgersteigen zu gehen. Der Verkehr der Stadt- und Vorortbahnen erlitt durch das Glätteis erhebliche Störungen, weil namentlich die Signalvorrichtungen in Mitleidenschaft gezogen waren. Zugverspätungen von einer halben Stunde und mehr waren bald die Folge. Ueber Unfälle im Straßenverkehr wird von verschiedenen Seiten berichtet. Hiernach müssen die Unfallsituationen und Rettungsstellen viel in Anspruch genommen worden sein.

## Weg mit dem Krankenbrot!

### Dafür Kuchen und Gebäck in die Schaufenster.

Vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins wurde kürzlich eine Flugchrift verbreitet, in welcher die sofortige Abschaffung des angeblichen Krankenbrottes gefordert wird. Es wird in dem Flugblatt betont, daß wirkliche Kranke und Arme nicht in der Lage seien, das zum Bezug des Krankenbrottes erforderliche ärztliche Rezept zu beschaffen. Ohne Zweifel ist dieser Einwand zum Teil berechtigt, und es ist allgemein bekannt, daß ebenso wie die Milch auch das Krankenbrot oft von denen genossen wird, die in dieser Art Nahrungsmittel zu armen Bedingten Anspruch darauf haben. Wenn aber die Bäckermeister in ihrem Flugblatt an das soziale Mißgefühl mit unseren Kranken und armen Volksgenossen appellieren, so müßte einem das doch ein wenig seltsam an, um so mehr, wenn man sich die Schaufenster unserer Bäckermeister, die von keinem Bäcker zu einem für einen Minderbemittelten unerreichbaren Preise geradezu tropfen, ansieht. Es erscheint doch wohl richtiger, wenn man den Herren Bäckermeistern die Herstellung dieser feinen Erzeugnisse ihrer Kunst unterjogte und das Wohl, das sicher nicht das schlechteste ist, zur Herstellung eines billigen und nahrhaften Krankenbrottes verwendete. Von einem Besser unseres Brottes wird hierzu noch bemerkt:

Folgender kleiner Zwischenfall scheint noch sehr bezeichnend zu sein, wenigstens ich die daran beteiligten soziale Denkweise einer Bäckermeisterfrau nicht auf alle Angehörigen dieses Gewerbes verallgemeinern möchte, es mag und wird auch sicher Andersdenkende geben. Als meine Frau am Sonntag vormittag unser Brot für die nächste Woche holte und die Bäckermeisterin sie fragte, welche Sorte an der Reihe sei, gab sie zur Antwort, die mit dem Nummern: „Kinder in Not“. Die Frau Bäckermeisterin brach in ein Gelächter aus und rief in ihrem mit Frauen gefüllten Laden hinein: „Wie kann man bloß ein so lächerliches Stückwort geben!“ Das nennt man soziales Mißgefühl. Ich bedauerte ja, daß ich nicht selbst zugegen war. Ich hätte nämlich der Frau Bäckermeisterin einmal Kommando, was das Stückwort bedeuten soll, und daß es ein Unrecht ist, Barge von Kuchen und feinem Gebäck herzugeben und an eine kleine Schicht unmittelbarer Leute abzugeben, während Tausende von armen, elenden, kranken Kindern das fast ungenießbare Schwarzbrod essen müssen.

Also, ihr Bäckermeister, macht den Anfang und helft an eurom Teil tätig mit, denn „Kinder in Not!“

## Neue Räume der Vorwärts-Buchhandlung.

Einen erfreulichen Ausblick kann die Buchhandlung „Vorwärts“ in ihrer Sortiments-Abteilung feststellen. Ihr Heim im Hause Lindenstr. 2 war ihr zu eng geworden. Deshalb haben die Verkaufsräume wesentlich erweitert werden müssen. Es wurden am Dienstag vormittag im festlichen Gewande ihrem Zwecke neu übergeben. Die Buchhandlung hatte zur feierlichen Eröffnung der schmuck und freundlich eingerichteten Verkaufsräume Einladungen an eine große Zahl bekannter Parteigenossen ergoßen lassen, und gern und zahlreich war man dem Rufe gefolgt. Die erweiterte Buchhandlung lächelte die Gäste freundlich an. Sie fühlte sich gewissermaßen als ein Symbol der wachsenden Stärke der Partei, in deren Eigentum sie steht und der sie dienen will. Wie die Partei sich heraus entwickelt hat aus ihren engen Verhältnissen der Fröhenheit zur Millionenorganisation von heute, so stieg die Buchhandlung langsam und stetig aus den bescheiden Anfängen zu der stattlichen Höhe, daß ihr Verkaufsraum heute mit jeder großen bürgerlichen Buchhandlung nicht nur jeden Vergleich aushält, sondern sehr viele weit übertreffen dürfte. Was die Buchhandlung an literarischen Werten vermittelt, das muß man in seiner Fülle selbst sehen. Gegenwärtig bietet sie einen besonderen Reiz durch eine Ausstellung von Plastiken und Zeichnungen sozialistischer Künstler; unter ihnen aufgewandentlich wertvolle, von Käthe Kollwitz, Daxler, Leister u. a.

Wir empfehlen allen Genossen, gelegentlich ein Stündchen der Beschäftigung des neuen Heims der Buchhandlung zu widmen. Sie werden dann mit uns sich freuen über das Erreichte und dem Unternehmen Glück wünschen zu weiteren erfolgreichen Wirken im Interesse der Sache der Arbeiterklasse.

## Bezirksversammlung Verlin-Mitte.

Im Saalgebäude Kappelpark tagte am Montag die Bezirksversammlung. Die Versammlung war auf der rechten und linken Seite gleich voll. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl des Vorstandes referierte Stadtr. Kohnen (Demokr.). Es wurden gewählt Prandel (S.P.D.) als Vorsitzender, Dr. Kunz (Volksd.), Christ (U.S.V. links), Wenzel (Demokr.). Ueber die Beschaffung von Räumen referierte Stadtr. Grottel (S.P.D.). Da die Festhalle an der Stralauer Straße 6 abgebaut wird, hat das Bezirksamt sich dort die notwendigen Räumlichkeiten und Mobilität sichern können. Zur Geschäftsordnung für die Bezirksversammlung sprach Schmidt (Demokr.). Ueber die Ausstellung von unbefoldeten Bezirksblättern referierte Gen. Dr. Striemer. Es wurde mit Stimmen der S.P.D. die Verstellung von befoldeten und unbefoldeten Stadträten beschlossen. Degernate, die

eine erste Arbeitskraft beanspruchen sollen auch mit befol deten Stadträten besetzt werden. Um die Befetzung des Vorstandes wurde längere Zeit gelämpft, da für die verschiedenen Vorläge sich immer Stimmgleichheit ergab. Für den letzten Vorschlag der Befetzung mit 4 Personen stimmte die S.P.D. Die Verteilung erfolgte wie oben angegeben.

## Die Post weiß von nichts!

So häufig die Post auch im Aufsuchen von unleserlich geschriebenen Briefenplägern und in der Lösung ähnlich postalischer Rätsel sein mag, viel wichtiger Dinge findet sie aber nicht. Zum Beispiel hat es seit 1. Oktober ein Groß-Berlin gibt in dem die ehemaligen Vorortgemeinden aufgegangen sind, davon scheint der berechtigte Oberpostdirektion einwillen noch nichts bekannt geworden zu sein. Wer etwa sich beifallen läßt, seine Briefe nach den neuen Verwaltungsbereichen zu adressieren, und hat Berlin-Schöneberg — Berlin XI oder statt Pantow — Berlin XX schreibt, der bekommt seine Sendungen unweigerlich mit der Bemerkung „Adressat nicht aufzufinden“ zurück. Denn die Postbesitzer bedarf sich mit den Verwaltungsbereichen keineswegs. Es wäre aber höchste Zeit, daß die Post nun ihrerseits die Neuorganisation von Groß-Berlin ebenfalls anerkennen und ihre Postkarte mit den städtischen Bezirken übereinstimmend bezeichnen würde, damit die Namen der alten Vorortgemeinden auch postalisches beiständen können. Allerdings — der Amtschimmel trottet langsam und nirgends langsamer als gerade bei der Post.

## Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungssträgern.

Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Reichsversicherungssträger Groß-Berlins veranstalteten am Freitag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Reiteraal, Berlin Adrener Straße 88, eine Versammlung, um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, die praktische Gemeinschaftsarbeit der Reichsversicherungssträger kennen zu lernen. Ministerialrat Dr. Schulz vom Reichsarbeitsministerium wird über den Gemeinschaftsarbeitenden in der Sozialversicherung sprechen. Rechtsanwalt Dr. Hans Boywitt berichtet als Syndikus über die praktische Gemeinschaftsarbeit bei den Reichsversicherungssträgern Groß-Berlins. In der Versammlung dürfen nicht nur die zuständigen Behörden, sondern auch die Parlamentarier und Wohlfahrtsorganisationen vertreten sein.

## Feuer im Ingenieur-Dienstgebäude.

Dieser Auf alarmierte in der letzten Nacht die 8. Kompanie der Berliner Feuerwehr nach der Kurfürststraße 62/60. Fort standen Möbelkubden u. a. im Dienstzimmer des Bezirkskommandos 8 in Flammen. Es gelang eine weitere Ausdehnung zu verhindern.

In den angeklagten Mord, deren der Arbeiter Schutz aus Spandau beschuldigt wird, berichtet eine Korrespondenz, daß bisher noch nichts festgestellt ist. Die ungeheuerlichen Anschuldigungen gehen von der Ehefrau des Beschuldigten aus. Sie bezeugt ihn nicht bloß der Mord, sondern auch der Mordanschlag mit der Tochter und widernatürlicher Ausdrucksweisen mit den eigenen Söhnen. Unter der Beschuldigung der Unkeuschheit ist Schulz denn auch verhaftet und der Kriminalpolizei in Berlin zugewiesen worden.

Ein Tank explodiert. In der U. S. G. in der Adrenerstraße ist heute beim Lösen ein Tank explodiert. Zwei in unmittelbarer Nähe beschäftigte Arbeiter sind verletzt und ins Krankenhaus geschafft worden. Tüch den Anfall haben verschiedene Arbeiterinnen einen Nervenschock erlitten.

Die Veranstaltungen für die oberfälische Abstammungsfahrt werden ihren künstlerischen Höhepunkt in einem Fest erreichen, das in den Gesamtäumen des Großen Schauspielhauses von der „Deutschen Bühnengemeinschaft“ unter der Mitwirkung der bedeutendsten Künstler veranstaltet werden wird. Zur Vertiefung gestellt haben sich u. a.: das gesamte Orchester der Staatsoper von etwa 140 Personen, alle ersten Kräfte der Oper, der Theater, der Varietés, der Kinos. Die Nachfrage für Eintrittskarten zu dem Feste ist jetzt schon bereits sehr groß; sie sind zu haben bei Wertheim.

Eine Versammlung für die weiblichen Angestellten der Waren- und Kaufhäuser des Rosenfelder Viertels findet am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Feinstraße 82/84 statt. Es werden Frau Reichsstaatsabgeordnete Klara Böhm-Schuch und Frau Landtagsabgeordnete Gertrud Hannö über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung sprechen.

Der Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer (im Verbands des Österreichisch-deutschen Volksbundes) hat seine Geschäftsstelle im Schloß Bellevue. Er vermittelt gleichzeitig Nachrichten über die Vorgänge in der Tschechoslowakei und hat den Saal Deutschböhmen und der im Felde lebenden Deutschböhmen übernommen. Am 10. Oktober 1920 um 10 bis 11 Uhr. Am 10. Oktober an die letzte große Kundgebung gegen die Tschechoslowaken in der Tschechoslowakei haben Parlamentarier aller Parteien ihren Beitritt erklärt.

Das Ballett Gerold wird im Dezember vier Tanzbilder aus der bekannten Mopedantomime „Die südländische Götter“ in der „Scala“ spielen. Das bedeutendste Programm der „Scala“ enthält auch eine musikalische Szene aus Amerika, die als „Orpheus Melodien“ betitelt. Als Hauptdarsteller wirken darin mit: der Pariserin Gaby, Walter Bergmann vom Italia-Theater, Mia Nansen und die bekannte Soubrette Nella Galona.

Wärden - Nachmittage. Der Übungsausschuss der S.P.D. in Märtenberg wird auch in diesem Jahre durch Veranstaltung sogenannter Märden-Nachmittage die Schulkinder von Schandlino und Gefahren der Straße fernhalten bestritt sein. Es werden regelmäßig jeden Mittwoch von 4-6 Uhr ab 1. Dezember in Märtenberg, Schule Marktstr. 10/11 und Schule Holtestraße, dazwischen Veranstaltungen unentgeltlich stattfinden.

## Erweiterung des Neuföllner Sargmagazins.

Die vermehrten Anforderungen, die besonders in den letzten Monaten seitens zahlreicher, auch auswärtiger Verbände und Feuerbestattungsvereine an das hiesige Sargmagazin in Neufölln gestellt werden, haben den Magistrat veranlaßt, einen beschleunigten Ausbau dieser Einrichtung näherzutreten. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die unzureichenden Räumlichkeiten der Verkaufsstelle, Angergrabenstr. 23, besonders für den Fabrikationsbetrieb geeignete Räume durch Eingunahme des im Prinz-Harditz-Straße 56 gelegenen Grundstücks mit Fabrikgebäude bereitzustellen. Dasselbe ist nunmehr den Projekten entsprechend hergerichtet und bereits in Betrieb genommen worden. Die Fertigstellung der Särge, deren Verkauf nach wie vor nur im Magazin, Angergrabenstraße 23, stattfindet, erstreckt sich auf alle erdenklichen Ausführungen, so daß auch den Wünschen minderbemittelter Personen in jeder Weise Rechnung getragen werden kann.

Grünau. In einer öffentlichen Frauenversammlung referierte Genosse Obermeter (M. b. H.) über die Ernährungs- und Wirtschaftsfrage. Durch seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde eine ganze Anzahl neuer Anhänger für unsere Ideen gewonnen. Der Vorsitzende Genosse Wieland, der noch über den Wohnungswucher am Ort berichtete sowie sämtliche sozialdemokratisch denkende Frauen zu dem am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, bei Boede stattfindenden Frauenabend einladend und ferner erludte, bei der am 12. Dezember stattfindenden Elternratswahl nur für die Liste Wendig der S.P.D. zu stimmen, schloß die gut besuchte Versammlung mit dem Appell, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen und mehr denn je für unsere Presse zu agitieren.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, 1. Dezember:

Abend. Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Schulze, Waggelheimer, Adrenerstraße. Referent: Genossin Kohnen: „Die wirtschaftliche Lage.“

